

Die neue ÖPP-Offensive

**Gabriels Experten-Kommission und die Vorschläge
der Bundesregierung zur Infrastrukturprivatisierung**

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.

I. Wirtschaftspolitischer Hintergrund

II. Gabriels Expertenkommission

III. Rolle der Versicherungen

I. Wirtschaftspolitischer Hintergrund

Wirtschaftspolitischer Hintergrund I

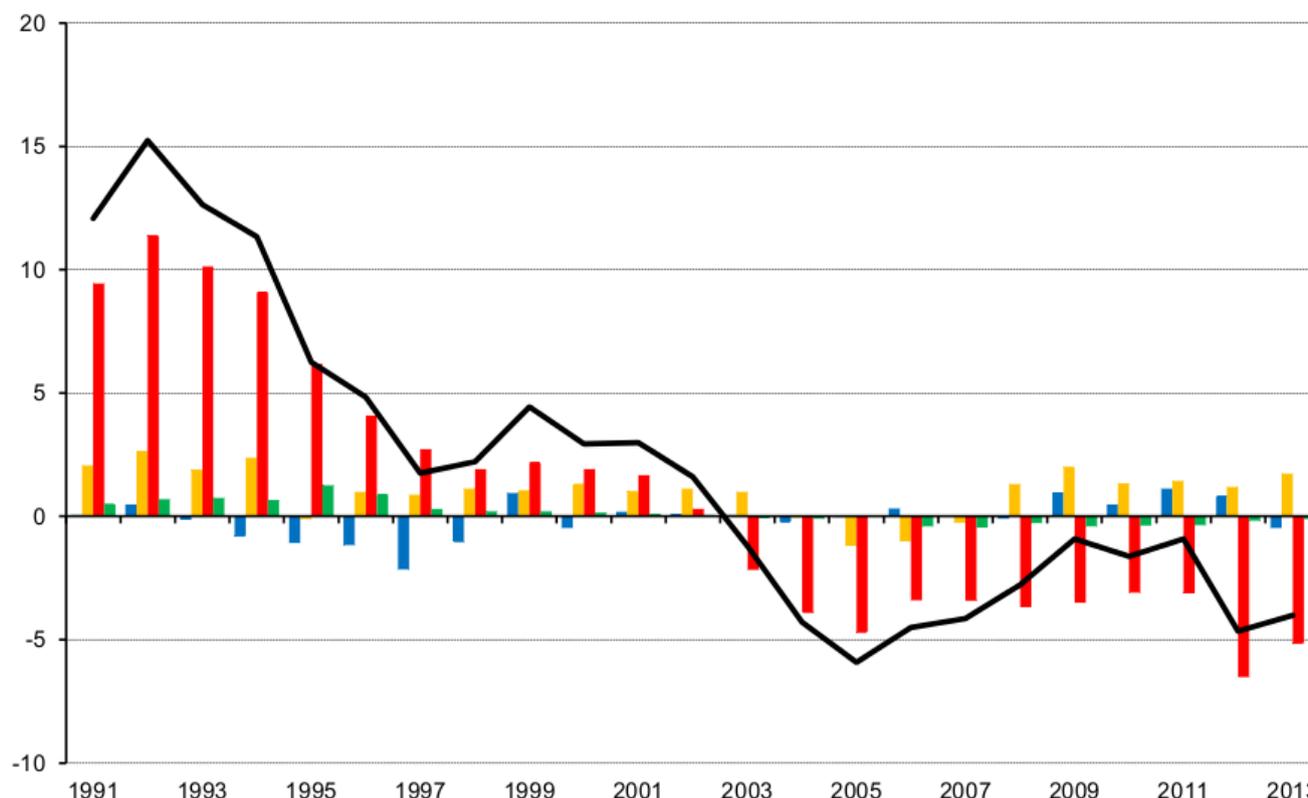
Mangelnde Investitionen → Verfall der Infrastruktur

ABBILDUNG 3

IMK Report
Juni 2014

Nettoinvestitionen des Staates

in Mrd. Euro

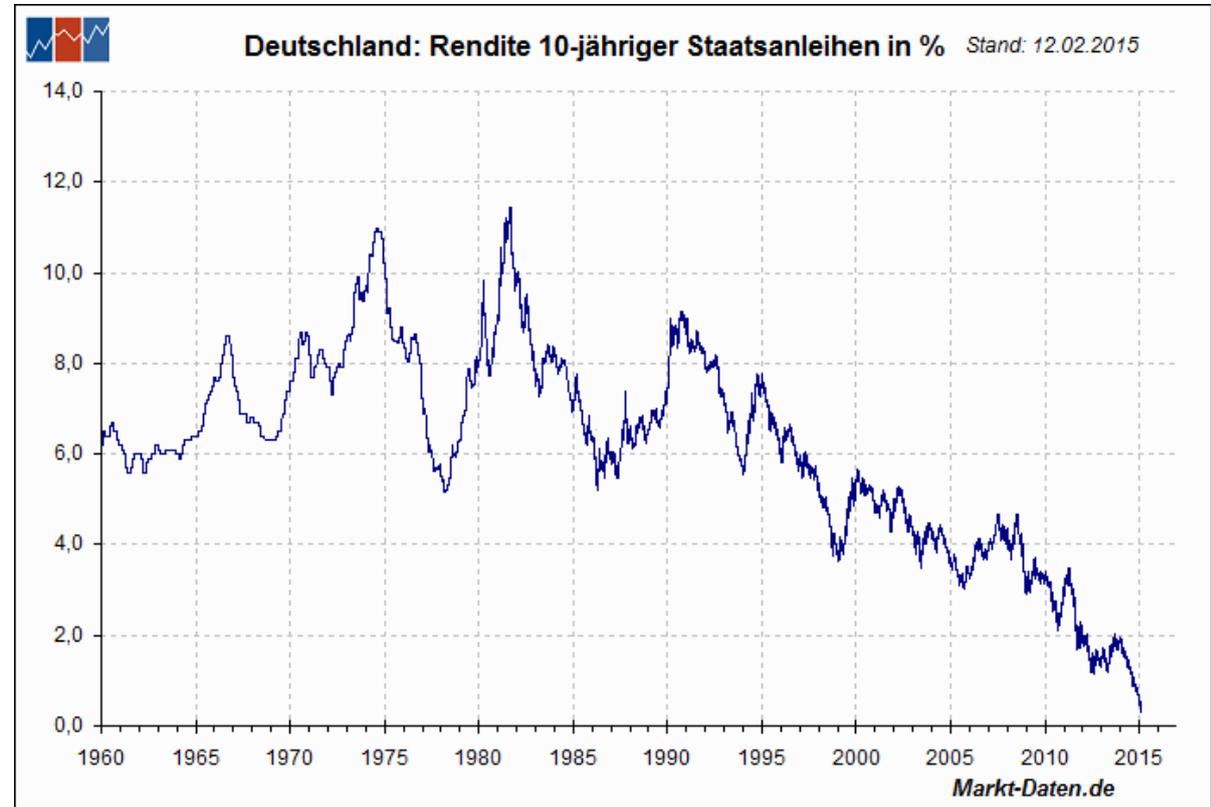


■ Bund
■ Gemeinden
— Staat insgesamt
■ Länder
■ Sozialversicherung

Quellen: Destatis (VGR, in jeweiligen Preisen), Berechnungen des IMK.

Wirtschaftspolitischer Hintergrund I

Privaten Versicherungs-
konzernen und Pensions-
fonds gehen wegen der
niedrigen Zinsen insb. auf
Staatsanleihen Anlage-
möglichkeiten aus. Sie
suchen renditestarke
Anlagemöglichkeiten für
die Gelder ihrer Kunden,
aber vor allem zur
Sicherung des eigenen
Geschäftsmodells.



Wirtschaftspolitischer Hintergrund II

Die Steuererhöhungen und Kreditaufnahmen
sind politisch nicht gewollt



Angeblicher Sachzwang:
mit dem Geld der Privaten sollen notwendigen Investitionen finanziert
werden



Es wird unterschlagen, dass das privat geliehene Geld mit einer
garantierten und attraktiven Verzinsung aus dem Steuergeld oder aus
den Gebühren zurückgezahlt werden muss



Offiziell werden keine neuen Schulden aufgenommen. Stattdessen
sind diese in einem Schattenhaushalt versteckt, für den zukünftige
Generationen dann zur Kasse gebeten werden.

IMK-Report: Bedarfshöhe schwankt stark je nach Studienverfasser

Studie	Sektor	Verwaltungs- ebene	Investitions- aggregat	Real/ Nominal	Zeitbezug	Investitionsstau/ Investitionsbedarf
Reidenbach et al. (2008)	Staat und teilweise Unternehmen	Gemeinden und Gemeinde- verbände	10 Infrastruktur- bereiche	Preise von 2000	Bedarf 2006-2020	Investitionsbedarf: 47 Mrd. Euro pro Jahr; Rückstand 2008: 75 Mrd. Euro
Daehre et al. (2012)	Primär Staat	Gebiets- körperschaften	Verkehrs- infrastruktur	Preise von 2012	15 Jahre ab 2013	Zusätzlicher Bedarf mindestens 7,2 Mrd. Euro pro Jahr
Kunert und Link (2013)	Staat und teilweise Unternehmen	Gebiets- körperschaften	Verkehrs- infrastruktur	Preise von 2005	Basis: 2006-2011	Ersatz- und Nachhol- bedarf über 6,5 Mrd. Euro pro Jahr; einschließlich Erweiterungsbedarf mindestens 10 Mrd. Euro pro Jahr
Bardt et al. (2014)	Staat und Unternehmen	Gebiets- körperschaften	Infrastruktur (Verkehr, Breitband, Energie)	Jeweilige Preise	10 Jahre ab 2014	120 Mrd. Euro in den kommenden 10 Jahren (davon ein Drittel für Verkehrs- infrastruktur)
KfW (2014)	Staat und teilweise Unternehmen	Gemeinden, Landkreise	Alle	Jeweilige Preise	Rückstand 2013	Investitionsrück- stand beträgt 118 Mrd. Euro

Wolfgang Schäuble: Investieren, aber Schwarze Null einhalten

- Die schwarz-rote Bundesregierung will sich mit einem Investitionspaket von 10 Milliarden Euro gegen die Wirtschaftskrise stemmen. Die Mittel würden zwischen 2016 und 2018 zusätzlich zu den im Koalitionsvertrag von Union und SPD vereinbarten Ausgaben zur Verfügung stehen.
- Das zusätzliche Milliarden-Paket soll ohne neue Schulden gestemmt werden → **Schwarze Null**.
- Mit den Mitteln sollten zusätzliche private Investitionen mobilisiert werden. Der Vorstoß sei auch ein Beitrag für das Investitionsprogramm von 300 Milliarden Euro, wie es EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker anstrebt.

Sigmar Gabriel: Versicherungen und Pensionsfonds als Investoren

„...kann mir unter anderem gut vorstellen, dass wir Lebensversicherungskonzernen attraktive Angebote machen, sich an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur zu beteiligen. Diese Konzerne suchten angesichts des niedrigen Zinsniveaus Anlagemöglichkeiten. Für Pensionsfonds kann das ebenfalls interessant sein.“

„Genauso wichtig ist die Frage, welche Rahmenbedingungen wir verändern müssen, damit die Unternehmen selbst das Geld in die Realwirtschaft und nicht in Spekulationsgeschäfte an den Finanzmärkten investieren.“

Sigmar Gabriel: Keine offizielle Neuauflage von ÖPP-Projekten

„Es geht auch nicht um die Neuauflage von PPP-Projekten, sondern um veränderte Rahmenbedingungen für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.“

Sigmar Gabriel: Keine Steuerbelastung der Wirtschaft

„Sie können sich darauf verlassen, dass wir die Erbschaftssteuer und andere Belastungen der Wirtschaft nicht erhöhen werden.“

(Sigmar Gabriel auf dem Tag der Deutschen Industrie 2014)

Weiterentwicklung von ÖPP am Beispiel Großbritannien nach 2011

1. Projekte werden größer
2. Begünstigungen für Versicherungen werden geschaffen
3. Risiken werden vermischt
4. Renditegarantien
5. PPP-Vergabe wird beschleunigt
6. Neue Organe werden geschaffen
7. Project Bonds und Co-Finanzierung durch EIB
8. Infrastruktur als handelbares Finanzprodukt/Weiterverkäufe

II. Gabriels Expertenkommission

Die Expertenkommission „zur Stärkung der Investitionen in Deutschland“

Aus der Pressemitteilung des BMWi vom 28.8.2014

„relativ schwache Investitionsentwicklung in Deutschland“

„wir brauchen zur Zukunftssicherung eine wirksame Investitionsstrategie“

„Investitionen, die unser Wachstum stärken“

„neue Ideen und Impulse und höhere Dynamik zu mehr privaten und öffentlichen Investitionen“

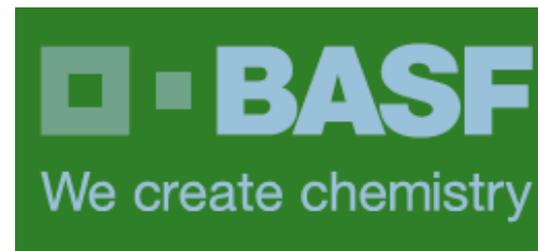
Es geht um „öffentliche Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege und kommunale Infrastruktureinrichtungen“

„Deutschland ist zunehmend von demografischer Alterung betroffen“

„Den Mitgliedern der Kommission sind dabei bewusst keine begrenzenden Vorgaben gemacht worden.“ (Bundesregierung am 7.10.14)



Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.



FRIEDRICH-ALEXANDER
UNIVERSITÄT
ERLANGEN-NÜRNBERG



Deutscher Industrie- und
Handelskammertag



Flossbach von Storch



IG Metall



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

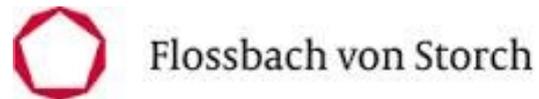


DIW Berlin

Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung



Dr. Thomas Mayer,
langjähriger Chefvolkswirt der
Deutschen Bank, jetzt Thinktank
„Flossbach von Storch“



Prof. Dr. Monika Schnitzer,
Universität München



Prof. Dr. Veronika Grimm,
Universität Erlangen-Nürnberg



Prof. Dr. Lars P.
Feld,
Walter Eucken

Walter Eucken **Institut**



Was kommt heraus (1)

„Der Vorschlag, private Finanzierungsquellen zur Infrastrukturfinanzierung zu bündeln, wurde ausführlich diskutiert und von einer breiten Mehrheit der Expertenkommission als vielversprechend erachtet.“ (Protokoll 27.10.14)

Neue, mehr und (viel) größere ÖPP-Projekte, d.h. Großprojekte

Neue Finanzmarktprodukte, in denen die Risikoverteilung verschleiert wird und die auf den Zahlungsverpflichtungen der öffentlichen Hand beruhen (ÖPP2), eventuell ein oder mehrere „Zukunft-Fonds“

Beteiligung von privaten Lebensversicherungen und Pensionsfonds

Anlagemodelle für Kleinanleger („Bürgeranleihen“ und/oder „Volksaktien“)

Investitionsfonds für Kommunale Projekte

Was kommt heraus (2)

Gründung eines staatlichen Investment-Fonds für Autobahnen (BAutIG)

Liberalisierung (= Lockerung) der Eigenkapitalvorschriften für Versicherungen und Pensionsfonds

Mehr Autobahn-ÖPP-Projekte (evtl. ergänzt um Nutzerfinanzierung)

Eventuell auch:

Energienetz-Aus- und Umbau per ÖPP oder ÖPP2

Ausbau des Breitband-Internet per ÖPP2 (evtl. ergänzt um Nutzerfinanzierung)

Was fehlt ?

*„Die Expertenkommission befürwortet mehrheitlich, die Ursachen für die begrenzten Spielräume zur zusätzlichen Verschuldung zwar weiterhin grundsätzlich zu diskutieren und im Bericht zu analysieren, zu dieser Thematik aber keine konkreten Handlungsempfehlungen zu entwickeln.“
(Protokoll 27.10.14)*

Also es gibt

- Keine Evaluation bisheriger ÖPPs
- Keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen aus volkswirtschaftlicher Sicht
- Keine Hinterfragung der Schuldenbremse
- Keine Hinterfragung der Umgehung der Schuldenbremse
- Keine Hinterfragung der zu geringen Steuereinnahmen
- Keine Hinterfragung der ungleichen Lastverteilung Bund/Länder <--> Kommunen
- Keine parlamentarische Kontrolle

III. Rolle der Versicherungen

Renditegarantie

Die Allianz fordert vom Bund neue Modelle bei Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) für den Ausbau der Infrastruktur:

"Auch über garantierte Renditen sollte man nachdenken", sagte der Chefvolkswirt des Konzerns, Michael Heise, in einem Interview mit der WirtschaftsWoche. "Aktuell sind die Renditen auf dem Kapitalmarkt gering. Eine Renditegarantie wäre ein Weg, um Kapital zu mobilisieren."

„Wenn wir Eigenkapital einsetzen, erwarten wir schon etwa sieben Prozent, bei riskanten Investments auch mehr“ (Markus Faulhaber, Allianz Lebensversicherung)

Deutsche Versicherer haben derzeit weniger als 1 % ihrer Kapitalanlagen von 1,4 Bill. Euro in Infrastruktur und erneuerbare Energien angelegt.

Lockerung der Eigenkapitalvorschriften

- Solvency II: Infrastrukturinvestments müssen in Abhängigkeit von der Anlageform mit 39 bis 59% Eigenkapital unterlegt werden, nach anderen Quellen sogar bis zu 70%.
- Versicherungen: „unangemessen hohes Hindernis für Investitionen in Infrastruktur“, nichtbörsennotierte Investments in Infrastruktur und erneuerbare Energien lediglich 20% Eigenkapital.
- In Spanien stehen aktuell 9 von 10 die ÖPP-Betreiber der dortigen Autobahnen vor der Insolvenz, Spanien muss dafür seinen Schuldenstand um wenigstens zwei Milliarden Euro erhöhen.
- ÖPP-Projekte werden in Deutschland ausnahmslos über eigenkapitalschwache Zweckgesellschaften abgewickelt.
- Bei der A1 mobil GmbH, ein ÖPP-Projekt mit 650 Millionen Euro Volumen, beträgt das haftende Eigenkapital 35.000 Euro, d.h. nur 0,006 (!) Prozent.

Vermischung der Risiken für besseres Rating

Die europäische PPP-Agentur EPEC hat darauf hingewiesen, wie riskant PPPs aus Sicht von Kreditgebern sind:

„[...] the typical PPP project is structured to achieve a BB+ or BBB- rating [...]“

Das Rating von PPPs soll über den Umweg über die Europäische Investitionsbank EIB mittels einer Vermischung verschiedener Kreditwürdigkeiten zu einer Erhöhung der Bonität der Projekte führen:

„... soll das Ziel verfolgt werden, das Risiko-Rendite-Profil eines Infrastrukturprojekts aus Sicht institutioneller Investoren derart zu verbessern, dass es ihnen ermöglicht zu investieren. Denn grundsätzlich werden etwa bei Zahlungsschwierigkeiten des Infrastrukturprojekts zunächst immer die finanziellen Ansprüche der institutionellen Investoren bedient, was deren Projektrisiko verringert. Für die Investoren wirkt die PBCE wie eine „First-Loss-Tranche“, die sie nicht tragen müssen. Bezüglich der Bonität streben EU-Kommission und EIB mindestens ein Single-A-Rating für die Projekte an. Dies gilt als wichtige Schwelle für institutionelle Investoren, die aufgrund ihrer Anlagerichtlinien oftmals ein solches Rating benötigen, um überhaupt in Infrastrukturprojekte (oder andere Assets) investieren zu können.“

Annuitätendarlehen: Gesamtkosten

